

# Anzeiger und Elbeblatt.

für  
**Miesa, Strehla und deren Umgegend.**

**Wochenchrift**  
zur Belehrung und Unterhaltung.

**N. 51.**

**Dienstag, den 25. Juni**

**1850.**

## **Tagesbericht.**

Frankfurt, 16. Juni. Wir erfahren so eben von Darmstadt den Eintritt der längst erwarteten Ministerkrisis. Jaup hat sich endlich für entschiedene Erklärungen zu Gunsten der Union ausgesprochen und die von ihm geforderten Maßnahmen zur Kabinietsfrage gemacht. In den nächsten Tagen wird daher der Schicksalspruch über das Großherzogthum und in unmittelbarer Folge auch der über das Kurfürstenthum Hessen erfolgt sein.

Frankfurt, 19. Juni. Auf Schloß Johannisberg werden Anstalten getroffen, die der Vermuthung Raum geben, der fürstliche Besitzer dieser schönen Domaine beabsichtige einen Theil des Sommers daselbst zu verbringen.

Dresden, 20. Juni. Röckel ist nun vom Königstein nach dem Zuchtthause Waldheim mit Extrapost und in Begleitung von Soldaten mit geladenem Gewehr abgeführt worden. Die Soldaten hatten, heißt es, Befehl, Röckel sofort niederzuschießen, wenn von außen her vielleicht ein Versuch zur Befreiung des Gefangenen gemacht werde. — Die ganze Familie Heubner will nach Amerika auswandern, wenn ihr nun noch allein auf dem Königstein sitzender verurtheilter Verwandter Begnadigung erhalte und es ist, wie man hofft, eine Begnadigung unter dieser Bedingung nicht ganz unwahrscheinlich.

Leipzig, 20. Juni. Die Regierung hat es nun auch bei den eifrigsten ihrer bisherigen Freunde verdorben, ohne neue zu gewinnen, so daß sie bald ganz allein stehen wird. Das ministerielle Dresdn. Journal kündigte nämlich kürzlich an: „Das Ministerium wird dem Landtage Vorlagen machen, welche beweisen, daß es keine materielle Reaction wolle. Es wird in Gemäßheit der §§ 34 und 35 der „Grundrechte“ alle aus dem Unterthänigkeits- und Pöligkeits-, sowie die aus dem Guts- und Schutzherrlichkeitsverbande, Ingleichen

die aus der Patrimonialgerichtsbarkeit und der grundherrlichen Polizei stehenden Befugnisse und Abgaben ohne Entschädigung aufheben. Es wird die Gesetzentwürfe über Ablösung der Lehngelder und Geldgefälle an die Mittergüter sowie der geistlichen Zehnten, welche den allernächsten Beifall des letzten aufgelösten Landtages bereits fanden, wieder vorlegen, um so den letzten Willen der sogenannten Landkassen ein rasches Ende zu machen.“ Die Zeitung des hohen Adels schreit Auf und Weh und beschuldigt das Ministerium geradezu, es entziehe den Mittergutsbesitzern Theile von ihrem Vermögen, „um einige häuerliche Stunden für den nächsten Landtag zu gewinnen.“ Dann fährt sie fort: „Man schleudert unbedacht, dankselben Feuerbrand, welchen die Revolutionäre von 1848 entzündeten, aber, weil er jetzt aus der Hand der Regierung kommt, mit ungleich moralischerem Gewicht, wieder zwischen die Deputirten der größeren und kleineren Grundbesitzer, insbesondere wieder gegen die erste Kammer. Die Deputirten des großen Grundbesitzes werden nicht in diese maßlose Plünderung des großen Grundbesitzes willigen können, sie werden ihre Vollmacht richtig ins Auge fassen und erkennen, daß sie ihnen wohl gestatte, Rechte und Abgaben zu bewilligen, nicht aber halbe und ganze Vermögensbestände selbst hinzugeben. Sie werden diese Plünderung nicht freiwillig legalisiren, sondern mit Recht verlangen, daß man dem großen Grundbesitzer mindestens gestatte, die Bewilligung zuvörderst auf Kreistagen zu beraten und zu beschließen, ehe man auf dem Landtage Entscheidung von einzelnen Deputirten verlange, deren Wähler, als sie lange vor dem März 1848 wählten, nicht entfernt daran denken konnten, daß man ganze große Bestandtheile ihres Vermögens beim Landtage fordern werde. Wir glauben also kaum an die sofortige Bewilligung.“